Berlin 2030 klimaneutral - Wirtschaft hält Ziele für nicht umsetzbar

21.02.23 | Berlin

Berlin 2030 klimaneutral - Wirtschaft hält Ziele für nicht umsetzbar

Amsinck: Senat und Abgeordnetenhaus informieren Wählerinnen und Wähler unzureichend

Die Wirtschaft sieht die Ziele des Volksentscheids "Berlin 2030 klimaneutral" kritisch. „Den Berlinerinnen und Berlinern vorzugaukeln, die Hauptstadt könne bis 2030 klimaneutral werden, ist unredlich. Das Ziel ist schlicht nicht erreichbar." Das sagte UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck anlässlich des Wahlkampf-Auftakts zu der Abstimmung.

"Wer mit einem Volksentscheid bei den Wählerinnen und Wählern andere Erwartungen schürt, riskiert einen weiteren Vertrauensverlust in unser demokratisches System", fügte er hinzu.

"Umstellung binnen sieben Jahren unmöglich"

Berlins Primärenergie stamme heute zu über 90 Prozent aus fossilen Quellen. Eine Umstellung auf grüne Energie binnen sieben Jahren sei ein Ding der Unmöglichkeit, sagte der Hauptgeschäftsführer.

"Allein die energetische Sanierung aller Berliner Immobilien würde 100 Milliarden Euro kosten. Hinzu kämen die klimaneutrale Umrüstung von Wärmeversorgung und Stromerzeugung, die Dekarbonisierung der Industrie und die vollständige Umstellung des Verkehrs auf Elektromobilität." Grob geschätzt gehe es um Investitionen von mehreren hundert Milliarden Euro - von den fehlenden Fachkräften ganz zu schweigen. Keine vergleichbare Großstadt in Europa halte die Klimaneutralität bis 2030 für machbar.

Amsinck zufolge informieren Senat und Abgeordnetenhaus über diese Materie unausgewogen und unvollständig. "Beide Gremien haben die Ziele des Volksentscheids wiederholt einstimmig abgelehnt, zuletzt der Senat noch im Dezember. Das wird in der „Amtlichen Mitteilung zum Volksentscheid“, die der Wahlbenachrichtigung beiliegt, überhaupt nicht deutlich."

Klimaschutz ist wichtiges Ziel für Wirtschaft und Industrie

Das Abgeordnetenhaus verzichte auf eine Position, die Stellungnahme des Senats beschränke sich auf drei Seiten. "Diesen Umgang mit einer so komplexen Frage halten wir für nicht angemessen. Den Bürgerinnen und Bürgern wird es erschwert, sich eine klare Meinung zum Thema zu bilden."

Klimaschutz ist Amsinck zufolge eines der wichtigsten Ziele für Industrie und Wirtschaft. Die Unternehmen in der Hauptstadtregion richteten Geschäftsmodelle, Produkte und Verfahren längst darauf aus. "Aus Berlin kommen innovative Züge und Elektroautos, Maschinen für die Produktion von Solarzellen, Elektrolyseure für die Wasserstoff-Wirtschaft und vieles mehr. Immer mehr Betriebe stellen um auf erneuerbare Energien und steigern die Effizienz in der Produktion", befand Amsinck. "Trotz aller Fortschritte ist aber niemandem damit gedient, ein objektiv unrealistisches Ziel wie die Klimaneutralität 2030 gesetzlich festzulegen.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF